

Politik leben, Politik denken

– in einer von ökonomischen Zwängen geprägten Welt

Martin Lendi

*Prof. Dr. iur. Dr. h.c., Rechtsanwalt, em. o. Professor für Rechtswissenschaft, ETH Zürich,
Küsnacht/Zürich*

Vortrag, gehalten auf dem Unternehmerforum Lilienberg, am 18. April 2007

De re publica zu sprechen, heisst vom Gemeinwesen, von den öffentlichen Problemen mit hohen Komplexitätsgraden und wachsenden Veränderungsgeschwindigkeiten, von Sach- und Rechtsfragen, von öffentlichen und öffentlich/privaten Interessenkonflikten, von Institutionen, Zielen, Instrumenten, Massnahmen, Verfahren, von Wirkungskontrollen usw. zu handeln. Dahinter verbirgt sich Politik. Und diese will gelebt und bedacht sein, vorweg und vor allem in der Demokratie, aber auch unter jeder andern Staatsform. Denn Politik ist als Phänomen allenthalben auszumachen, wo Menschen hinter ihren egozentrischen Anliegen Allgemeines oder sogar Allgemeingültiges erkennen.

Ein Bündel von Fragen

In der modernen Welt Politik zu leben und zu denken, ist gar nicht so einfach, wie man sich dies wünschen möchte. Die Elementarfrage lautet: Braucht es Politik, wenn ja, welcher Stellenwert kommt dem Politischen aktuell und morgen zu? Und weiter: Gewinnt das Politische gegenwärtig an Bedeutung oder fällt es zurück? Geht das Apolitische um? Oder droht überforcierte Politik? Wird rechtlich unterlegte Politik durch Management-Politik substituiert? Sind es sachliche, gesellschaftliche oder philosophische Gründe, welche das Politische anschieben und/oder bedrängen? Wird das individuelle oder gar kollektive Eingebundensein ins Institutionelle und/oder ins Bürokratische zum gefährlichen Irrweg moderner Politik? Belasten Erwartungshaltungen auf Leistungen die Politikgestaltung? Könnte es sein, dass das Ökonomische das Politische überlistet und zum Verdienen statt zum Dienen verleitet? Politik als Selbstzweck? – eine arbeitsteilige Variante für Politiker? Könnte es allenfalls auch sein, dass ein selbsttätiger Staat Politik erübrigt oder dass ein überbordender Staat korrigierende erst recht Politik bedingt? *Ist es angezeigt, vor solchen divergierenden Hintergründen über Politik zu reden, über sie nachzudenken und sie zu leben?*

Das Eine und das Andere

Wenn gewissenhafte Demokraten von Politik reden, dann denken sie an Mitwirkung, an Einflussnahme, an Initiativen, an Referenden, an Wahlen, an das Gewählt-Werden, an Mehrheiten, an Minderheiten, an Auftritte vor Parteien, in den Medien – der Abstraktion fähige an politische Rechte. Wenn Menschen unter einer Staatsform leben, die das allgemeine Wahlrecht und das Mitdenken nicht begünstigt, dann leidet, voraussichtlich, eine grosse Zahl. Als Wortlose hoffen sie auf eine Änderung, gar eine Revolution, auf Befreiung. Politikferne geniessen in der Regel unter jeder Art von Staat – gedankenlos? – das Selbstverständliche

organisierter Staatlichkeit und institutionalisierter Gemeinschaft, ohne sich Rechenschaft zu geben, dass Selbstverständliches in einer Gemeinschaft nie selbstverständlich ist und dass Selbstverständliches sich selbst gefährdet. Es muss immer wieder neu diskutiert, hinterfragt, legitimiert und praktiziert werden. *Dass Politik in Freiheit gelebt wird, resp. gelebt werden darf, ist jedenfalls nicht selbstverständlich.*

Noch weniger häufig wird Politik gedacht, bedacht. Das geistige Ringen um das Öffentliche, um das Gemeinwohl, die gemeinsame Wohlfahrt, das für alle Menschen Verbindliche ist leider knapper geworden. Arbeitsteilung herrscht vor. Die Politik den Politikern, das Beten den Kirchen, die Bildung den Kulturbeflissenen. Das Nachdenken über den Staat und seine Grenzen, über die Aufgabenteilung zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger, die Staatsorganisation, die Entscheidungsprozesse und die Festigung des Problembewusstseins usw. überlässt die Gesellschaft, leider bereits heute zu grossen Teilen, Philosophen, Staatswissenschaftlern, Politologen, Juristen, den Parteien, den Nicht-Regierungsorganisationen, den Parteipräsidenten und -sekretären, den gewählten Parlamentariern, den Medienbeflissenen und -süchtigen, den Kolumnisten, den Leitartikeln usw. *Dass breit und elitär über Politik nachgedacht wird, ist so wenig selbstverständlich wie sie gelebt wird.*

„Politik leben“ ist nicht das Eine, „Politik denken“ nicht das Andere. Eine *These* drängt sich auf. Wer Politik denkt, der lebt Politik – wer Politik lebt, der denkt Politik. Sie bedingen sich gegenseitig. Dies leuchtet für's erste ein. Sicherlich zeichnet die Wirklichkeit ein anderes Bild. Die Symbiose von Denken und Leben der Politik ereignet sich nicht zwingend, nicht immer tiefgründig, nicht immer weiterführend, nicht allenthalben. Aber doch: Politik leben und Politik denken *müssen* sich ergänzen – aus einem bewussten Akt heraus. Nur bedachte und gelebte Politik in Einem weckt Bereitschaft zum öffentlichen Engagement und begründen Basis schaffendes Vertrauen. Die These wird mithin – mindestens unter den Anforderungen der Demokratie – zum Postulat. Wird sie – zusätzlich – zum Indikator guter Politik? Nicht ausgeräumt mit der These sind Befürchtungen um das Schicksal des Politischen, dessen Stellenwert, denn wer Politik lebt und denkt ist dessen ungeachtet nicht frei von Zweifeln, nicht frei von Besorgnis, von Sorge um gute Politik, auch nicht befrei von Kritik an der täglichen Politik. Im Gegenteil, wer Politik denkt und lebt, fragt sich, wie es um das Politische in unserer Gesellschaft steht, allein schon deshalb, weil Politik als fortwährendes Geschehen eher konturenarm denn Konturen stärkend ist. Sie will immer wieder neu belebt sein. Konturen müssen werden.

Apolitische Staatsführung?

Dies alles hat seine Gründe, seit geraumer Zeit von neuer Art. Schlummernden Trends politischer Entwicklungen ist nachzuspüren.

Da ist einmal der Staat in seiner neuartigen Präsenz über das Ordnungspolitische hinaus. Er bietet *Leistungen* an, breit gefächert – von der Post bis zum Bildungs-, bis zum Gesundheitswesen, zur Arbeitslosenversicherung. Lässt er sich unter diesen Voraussetzungen noch integral politisch führen? Hat die Politik noch das Sagen? *Regiert die Effizienz?* Muss er unter diesen Umständen wirtschaftlich, unternehmerisch betrieben werden? Als Daseinsvorsorgestaat wurde er einst (unter fatalen Voraussetzungen) benannt, heute wird er so beschrieben. Seine Aufgabenpalette hat denn auch den innersten Kompetenzbereich des Staates verlassen. Die Stichworte des öffentlichen Verkehrs, die Sozialwerke, die Energieversorgung seien ergänzend den erwähnten Leistungsarten beigelegt. Zudem, er

intervenierte, er sorgt vor, steuert Entwicklungen und finanziert resp. lässt sich finanzieren, er verteilt, er wagt ins Eigentum eingreifend Umverteilungen. Mit dem einen Gebot der Gerechtigkeit, das schnell zur Hand ist, wenn es um Staatsausweitungen geht, lässt sich dieser breite Fächer nicht gültig rechtfertigen. Tatsache ist, der Staat hat sich durch die Leistungsvielfalt abseits des genuin Politischen unternehmensähnliche Züge zugelegt, eklatant – nur ist dies nicht deutlich genug politisch artikuliert unterstrichen. Vor allem am Rande, aber mit grossem Gewicht, sind bereits rechtlich und faktisch „staatliche“ oder halbstaatliche, staatsähnliche Unternehmungen entstanden.

Wen wundert's? Der öffentlichen Hand werden zunehmend Managementmethoden angeboten. Sie sollen das Unternehmerische beflügeln. Noch treten die Staats- und Verwaltungsrechtslehren nur zögernd darauf ein. Verwaltungsspitzen und Parlament lassen sich eher begeistern, sei es unter dem Eindruck des Trendigen, sei es mit der stillen Hoffnung, von der Dominanz des Rechts mit seinen Auflagen entlastet zu werden. Neue Handlungsformen werden denn auch nicht nur erprobt, sie schleichen sich ein. Dem Hoheitlichen, dem Imperativen, dem gesetzlich Normierten wird da und dort gar vernehmlich abgeschworen; das Kooperative, das Vertragliche, das Marktgerechte gewinnen sukzessive an Bedeutung. Die Stichworte von NPM und PPP, von Leistungsvereinbarungen, Out-Sourcing, Privatisierung usw. signalisieren ansteigenden Wandel. Staatlich ausgeschüttete Gewinnanteile, Dividenden statt Steuern, sind zwar nicht in Sicht, doch gibt es bereits solche aus mehrheitlich beherrschten Unternehmungen (Kantonalbanken, Nationalbank, Post, Swisscom usw.). Noch brodeln die Problematik des unternehmerischen, politisch distanzierenden, gar apolitischen Führens ganz oder teilweise staatlich finanzierter Anstalten, spezialgesetzlicher Aktiengesellschaften, gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen und auch der zentralen Verwaltung. *Geklärt sind die mitlaufenden Zwiespältigkeiten zwischen dem traditionellen Verwalten nach Massstäben des Rechts und dem unternehmerischen Agieren in Richtung von Zielerfüllungen allerdings nicht, auf alle Fälle noch nicht.*

Die Aufgabenflut und die Bewältigungsnöte verunsichern die Politik. *Wo geht der Weg hin?* In Richtung einer apolitischen, wirtschaftlich denkenden Staatsleitung und vor allem in Richtung einer unternehmerischen Verwaltung? Steht gar das Ziel eines unternehmerischen, nicht einseitig Gefahren abwehrenden, vielseitig aktiven Staates vor Augen? Oder sind wir bereits wieder auf dem Rückweg zu einer bewusst politischen Führung samt Straffung der öffentlichen Aufgaben – allenfalls unter Ausklammerung und Verselbständigung ehemals „staatlicher“ Unternehmungen? Sind wir, was bedrohlich wäre, so oder so auf dem Weg zu einer überhöhten Staatsquote, zu einer, wenn auch begrenzten, Staatswirtschaft? In welchen Formen auch immer.

Weichen wir der zentralen Frage nicht aus: *Ist das Phänomen „Unternehmen Staat“ eine marktwirtschaftlich oder eine sozialistische Politikstrategie?* Ist das staatlich öffentliche Unternehmertum ein Verwerfen oder eine Abart der Staatswirtschaft? Die Antworten sind nicht einfach. Zu forcieren ist die kritische Sicht der Trends. Auf alle Fälle: Sogar die rein marktwirtschaftliche Optik des wirtschaftlich effizient handelnden Staates darf die Möglichkeiten des Ausweitens des Staatlichen ins Private, ins Privatwirtschaftliche, nicht verkennen. Dieses Potenzial ist ein Faktum. Das Gesundheitswesen ist der Beweis. Sogar die harmlos scheinende Public Private Partnership erlaubt dem Staat die Verbreiterung seines Einflusses. Zu beachten: Die privatwirtschaftsähnlichen Unternehmensformen des öffentlichen Sektors kaschieren Staatliches! Sie dienen nicht aus sich heraus dem schlankeren Staat, sondern dem Staatlichen in anderer Form.

An die Substanz geht es spätestens dann, wenn die öffentlichen Sachprobleme nicht mehr nach Sach- sondern nach Finanzkriterien angegangen werden, wenn Wirkungsaspekte einseitig dominieren, vor allem dann, *wenn sich die Staatsleitung nicht mehr als (politische) Regierung versteht*, sondern als Unternehmensführung, als Leitungserbringerin, als Organträgerin von Unternehmungen, allenfalls begleitet von übergreifenden politischen Führungsaufgaben. Im Endeffekt käme dies einer apolitischen oder eine wirtschaftlich orientierte Staatsführung gleich. Welche politischen Auflagen gegen Fehlentwicklungen wären aus der Sicht des Rechtsstaates unerlässlich? Was hätte er vorzukehren, damit Staatliches und Wirtschaftliches sich nicht unkontrolliert vermischen oder sich apolitisch verfremden können.

Apolitische „Bürgerschaft“?

Wenn sich so etwas einstellen könnte wie ein einseitig leistungsorientierter Staat samt einer apolitischen Regierung/Verwaltung, dann drängt sich gleich die Anschlussfrage auf, ob wir uns zusätzlich auf dem Weg zu einer apolitischen Bürgerschaft befinden? Die vorherrschenden Anliegen, staatlich abrufbereite Leistungen einzufordern, würde sie charakterisieren. Nicht von einer niedrigen Stimmbeteiligung wäre also die Rede, auch nicht von der sinkenden Einsicht, dass wir so etwas wie eine organisierte (Rechts-) Gemeinschaft brauchen resp. organisierter Gemeinschaften bedürfen. Wohl aber müssten wir von den sich steigenden *Erwartungshaltungen der Bürgerinnen und Bürger an den Staat* und seine Einrichtungen, an seine Unternehmungen und schlussendlich an das „Unternehmen Staat“ handeln. Diese wären nicht mehr politik-, sondern einzig leistungsspezifisch angelegt.

Nicht zu verkennen: Für breite Kreise der Bevölkerung steht noch der Gefahren abwehrende, Ordnung aufrechterhaltende und Sicherheit gewährleistende Staat im Vordergrund, doch gibt es Kreise, die den Staat näherliegend als Anbieter von Leistungen verstehen – von der Vergabe von Subventionen, von der Exportrisikogarantie über die Versorgung mit Wasser bis zur monatlichen Rente. Ein vorsorgender Fürsorgestaat? Gewisse staatliche Leistungen bis in die Einkommensgewährleistung hinein sind als abrufbereite Optionen mindestens bis ins Unbewusste, oft gar in die bewusste Vorstellung vom Staat vorgedrungen. Dies beunruhigt, denn damit verbunden ist eine Staatsmutation, eine Veränderung der Staatsidee. Dass die öffentliche Grundangebote, die einer differenzierten Gesellschaft zur Verfügung stehen müssen, im Lot sein sollen, darf vorausgesetzt werden. Ob aber der Staat über die Hilfe in Notlagen, die unerlässlichen Infrastrukturen und die minimalen Sicherungen hinaus nach vielen Seiten Leistungen einer reichhaltigen Palette offerieren muss, kann und darf bezweifelt werden, allein schon deshalb, *weil sich der Staat übernehmen und weil die Balance zwischen Selbstverantwortung und staatlichem Angebot ausser Kontrolle geraten könnte*.

Darüber würden wohl des Staates Erstaufgaben, wie die Gewährleistung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit, verkümmern. Auch könnte das Verhältnis Staat-Bürgerinnen/Bürger Schaden nehmen, da es von einem Freiheit bewahrenden zu einem Sorgen teilenden Verhältnis wechselte. Aus den Bürgern mit politischen Rechten, stolz ihrer Freiheit vom und zum Staat, würde ein Bürger/in mit Leistungsansprüchen an den Staat oder, sogar mit geringeren Hemmungen, an dessen Unternehmungen – bei wachsenden Abhängigkeiten. *Die letzte Konsequenz wären Bürger und Bürgerinnen der Interessenwahrung gegenüber dem Staat und seinen Unternehmungen auf quantitativ und qualitativ überzeugende öffentliche Leistungen*, in extremis eine apolitische Bürgerschaft von Leistungsbezüglern mit Leistungserwartungen.

Von einem Kippen in diese Richtung kann (noch) nicht die Rede sein. Bedrohlich ist im Moment der in nuce angelegte Mentalitätswandel – weg vom mündigen politischen Bürger, hin zum apolitischen Bürger konkreter Leistungserwartungen. Weg vom ordnenden Staat, hin zum das Dasein vorsorgenden, Leistungen erbringenden, unternehmerischen Staat. Doch dies kann nicht der Sinn der Demokratie mündiger Bürgerinnen und Bürger sein.

Usurpatoren des Politischen

In die aktuellen Strömungen mischen sich *alt-neue Akteure mit neuen Funktionsanmassungen*. Sie finden Raum, weil vor dem Hintergrund der staatlichen Aufgabenfülle die rechtlich festgeschriebenen institutionellen Grundstrukturen (Regierung, Parlament, Verwaltung) an Festigkeit und Präsenz, an Ordnungssinn, Regelungskraft und Durchsetzungswillen einbüßen. Hier sind einige Stichworte, und es sind nur Stichworte: a) Der Bundesrat agiert als Gruppe von Departementsvorstehern, zu häufig ausgelastet mit dem Erfüllen von Erwartungen der Parteien und halbstaatlicher Organisationen, b) das Parlament möchte statt gesetzgeberisch ordnen regieren und das heisst Leistungen anbieten, allenfalls über Leistungsvereinbarungen mit „öffentlichen Unternehmungen und Werken“, und c) die Verwaltung würde wohl am liebsten die Rollen des Leistungsverteilers und des Mehrheitsaktionärs in öffentlichen Unternehmungen/Werken spielen sowie als Antichambrierer in internationalen Gremien für Leistungen an die eigene Gesellschaft fungieren – alles eine verkürzende Übertreibung, aber doch ein Signal verkappter Verunsicherung des politischen Gefüges.

In dieses stossen viele Akteure vor: Parteipräsidenten, Experten, NGO, Verbände, beauftragte Interessenvertreter, ausserparlamentarische Kommissionen, Kolumnisten, Moderatoren, Arenasüchtige, Zukunftsforscher, aber auch die staatlich lancierten Unternehmungen mit ihren Verwaltungsratspräsidenten und Generaldirektoren. Nicht der Einzelne macht hellhörig, weckt Misstrauen. Vor einer allfälligen Expertokratie oder einer Medienherrschaft ist eine verfasste, aktive, bürgernahe Demokratie bis zu einem gewissen Grade sogar gefeilt. Sie hat – ex constitutione – das letzte Wort, es sei denn, die Demokratie werde nicht mehr ernst genug genommen oder durch Besserwisser marginalisiert. Heikel ist die Funktion der NGO, nicht weil sie aktiv sind und nicht weil sie Wissen aufgebaut haben, wohl aber deshalb, weil sie sich zutrauen, öffentliche Interessen – von der Entwicklungshilfe über den Umweltschutz bis zur Klimapolitik – besser, sachkundiger und nachdrücklicher zu vertreten als die Verwaltung, nicht selten sogar als der Gesetzgeber. Die klassischen Verbände setzen sich zwar nicht minder hartnäckig für ihre Interessen ein, doch berufen sie sich pointiert auf ihre eigenen, was in einer offenen Gesellschaft durchaus legitim ist, *während der Öffentlichkeits-Erstanspruch der NGO als atypisch bedacht werden müsste*. Dass die Parteien an Autorität eingebüsst haben, schmerzt, weil sie mit Blick auf ihre Funktionen der Förderung der öffentlichen Entscheidungsfindung und der Profilierung politischer Inhalte und Programme bei Wahlen unverzichtbar bleiben.

Alles in allem entsteht ein buntscheckiges Bild politischer Akteure inmitten eines nicht mehr stabil genug geformten politischen Systems. Gefährdet sind die verfassungsrechtlichen Organe, so wir ihnen nicht Sorge tragen. Auf den Punkt gebracht: Die Wandelgänge sind daran, mindestens so wichtig zu werden wie das Parlament, die „öffentlichen“ Unternehmungen/Werke überrunden in Teilen die Verwaltung, da sie Leistungsträger wichtiger öffentlicher Dienste sind, die NGO agieren als Politikverantwortliche auf der Stufe von Regierung und Gesetzgeber – alles mit *Auswirkungen auf das Grundverständnis* der

Verhältnisordnung Staat, Wirtschaft, Gesellschaft, Individuum, aber auch auf jenes des luzid strukturierten Staates.

Das Unverzichtbare leben

Politik leben und Politik denken ist unter solchen Auspizien des Apolitischen nicht einfach geworden. Politische Institutionen und Wirklichkeitsansprüche klaffen und driften auseinander.

Bedrohlich ist vor allem der Anerkennungsverlust des Politischen, der Politik. Er geht mit dem Hang zum Apolitischen des staatlich Unternehmerischen und dem Eindringen von nicht demokratisch Legitimierten einher. Politik ist eine zu gewichtige Grösse, als dass sie an den Rand gedrängt werden darf. Sie ist sogar eine elementare Notwendigkeit der Gesellschaften, des Staatlichen. Denn: *Nur Politik schafft kritische Klarheit, was der Staat kann, darf und soll, resp. war er nicht tun soll.* Sie erkennt und setzt Grenzen. Sie ist in dieser Funktion unverzichtbar. Politik muss deshalb immer wieder neu entdeckt und angenommen, als Vektor des Aktuellen und des Künftigen akzeptiert und als Teil der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit gelebt werden – von allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, ganz besonders auch von der „Elite“, sei es aus der Wirtschaft, der Wissenschaft, sei es von Seiten der Träger der strukturierten und strukturierenden Öffentlichkeit.

Was macht die kritische, das Grundsätzliche bedenkende Politik letztlich unverzichtbar? Zum Ersten: Es sind just die Fakten der Einfluss- und Wirkungspräsenz des diffus werdenden Ordnungs-, Leistungs-, Interventions- und Fiskalstaates, welche die Politik herausfordern. Blind wäre, wer deren Politikdimension nicht erkennen würde. Zum Zweiten: Die begleitenden Verunsicherungen, die Informationsmängel, der Bedarf an Orientierung, an Rechtssicherheit usw. verlangen nach Klärung, konkret nach politischen Wertungen. *Die Fakten und die Wertungen markieren also die Relevanz des Politischen,* sie signalisieren ebenfalls Gesellschaftsrelevanz, noch mehr, in Teilen bilden sie tatsächliche und geistige Lebensvoraussetzung. Politik ist in diesem Sinn Ausdruck von Elementarem wie

- Schaffung und Begrenzung sowie Legitimierung von Macht,
- Schaffen von öffentlichem Problembewusstsein
- gemeinsame Bewältigung gemeinsamer Probleme in der Öffentlichkeit und für die Öffentlichkeit
- Führung der Gemeinwesen,
- hoheitliche Vorgaben der ethisch- und gesellschaftsprägenden Verhältnisordnungen von Staat-Individuum sowie von Staat-Wirtschaft-Gesellschaft-Lebensraum – immer gemäss der vorausgesetzten Freiheit,
- Erlass von Rechtsordnungen, die Kompetenzen der Gesetzgebung, des Regierens und Verwaltens, der Justiz und der Durchsetzung sowie private, dispositive und begrenzt zwingende Verhaltens- und Organisationsordnungen begründen – für das geordnete, an Treu und Glauben sowie Fairness orientierte friedfertige Zusammenleben der Menschen, gesellschaftlicher Gruppierungen und der staatlichen Organisationen,
- Gewährleistung günstiger Voraussetzungen für eine freie (Markt-) Wirtschaft und eine offene Gesellschaft.

Politik ist somit einer der Schlüssel für das sozial relevante Erhalten und Gestalten des Lebens. Kurz gefasst: Sie ist Freiheits-, Friedens- und Entfaltungsordnung. Eine pathetische Formel? Nein, es geht um die darin liegende Substanz. Und diese lässt sich nicht auswendig

lernen und zelebrieren, sie muss politisch belebt, bedacht werden, sie muss zur andauernden Herausforderung werden. *Diese Ansprüche an die Kerninhalte und gleichzeitig an das Prozessartige sind es, welche die Politik ausmachen.* Sie steht also nicht zur Disposition, auch nicht in Arbeitsteilung, auch lässt sie sich nicht delegieren. Sie muss gelebt, kritisch und aufmerksam gelebt werden – der ihr anvertrauten Freiheit und Ordnungsmacht wegen. Die Tatsache, dass sie sich also mit zwei sich letztlich ausschliessenden Faktoren zu befassen hat, unterstreicht zusätzlich die Unverzichtbarkeit des Politischen. Politik ist eine existenzielle Gratwanderung. Als solche muss sie gelebt werden – und sie muss gedacht werden.

Politik denken

Sich anzuschieken, über Politik nachzudenken, ist nicht ein neues Postulat. Die Politik war schon immer Gegenstand vielseitiger Reflexion. An uns ist es, sich verhängnisvollen Signalen in Richtung der Arbeitsteilung, des Apolitischen und des neuen Überbordens des Staatlichen entgegenzustellen. Unser Verhältnis zur Politik zu bedenken, ist nicht Selbstzweck, sondern gilt dem Ziel, Politik leben zu können, Politik zu gestalten.

Politik denken ist an vier Kompetenzen gebunden. Es geht – erstens – um den *Gegenstand* und dessen *Pointe*, zweitens um die *Distanzfähigkeit*, öffentliche Probleme souverän orten zu können, drittens um *das Gebotene und Verbindliche wider das Beliebige* sowie – viertens – um das *Mitdenken und Vordenken*.

Dazu einige Bemerkungen:

1. Politik denken heisst den *Gegenstand* „Politik“ fokussieren. Es handelt sich nicht darum, Ambitionen und Ideologien zu proklamieren sowie Meinungen zu perpetuieren. Es geht vielmehr um das bereits Angedeutete der Verhältnisordnungen von Staat-Wirtschaft-Gesellschaft resp. Staat-Individuum, der gemeinsamen Bewältigen gemeinsamer Probleme, der Führung des Gemeinwesens usw. Vor allem aber geht es um die Sensibilität für die vorausgesetzte Freiheit und erst in der Folge um die Elemente der Gerechtigkeit, der Beförderung der gemeinsamen Wohlfahrt usw. Ohne die Zentralität des Politischen vorbedacht zu haben, verlöre sich politisches Denken ins Uferlose.
2. Politisches Denken muss einen gewissen *Abstand von den anlastenden Sachzwängen* nehmen. Nicht um die Realitäten aus den Augen zu verlieren, einzig um mehr zu sehen, um Problem- und Zeithorizonte wahrzunehmen, um Zusammenhänge erkennen, um Ziele und Wege sichtbar machen zu können. Politisches Denken im Faktenstrudel droht den Fakten zu erliegen und wird deshalb bald einmal taktisch statt strategisch. Es hat Ausholendes und Langfristiges genauso im Auge wie das konkret zu Entscheidende – im vernetzten Verbund.
3. Politisches Denken konfrontiert die eigenen Reflexionen mit geschichtlichen Erfahrungen, mit künftigen Entwicklungsmöglichkeiten und unter allen Umständen mit dem geltenden und dem nötigenfalls zu erlassenden Recht, insbesondere mit dem Grundgehalt der Verfassung. Die Wege hin zur ökonomischen Effizienz, so nötig sie sind, ersetzen die Massstäbe des Rechts nicht.
4. Bedachte Politik widersetzt sich dem Willkürlichen, dem Beliebigen. Politisches Denken kommt um das Bedenken dessen, was getan werden soll, nicht herum. *Das Gebotene ist wesentliches Attribut.* Nicht als Selbstzweck, nicht überhöht, wohl aber aus dem bewerteten Spannungsverhältnis zur Wirklichkeit wird politisches Denken

- zum Träger der vorausgesetzten Freiheit und daraus folgend des Rechtmässigen, des Massstäblichen und des Humanen: Kultur des Gebotenen inmitten des Politischen.
5. Politisches Denken taugt, wenn es der Publizität, der öffentlichen Exposition, der Adressierung an die Bürgerinnen und Bürger, an die Menschen fähig ist. Politisches Denken ist nicht Besserwissen. Es ist auch nicht Prophetie, weder von Katastrophen noch von Heilserwartungen. Es ist vernehmliches *Vor-Denken*, ein Denken vor der Öffentlichkeit, ein Denken mit der Öffentlichkeit sowie für sie. Es nimmt Menschen mit auf den Weg – in Freiheit, ohne pädagogischen Zeigefinger, ohne Bevormundung, ohne plakatives Eintrichtern von Slogans.

Zusammengeführt

Politisches Denken ist sachadäquates, adressiertes, öffentliches Vor-Denken zugunsten der gemeinsamen Wohlfahrt, des anvisierten Gemeinwohls – unter der Bedingung der unverzichtbaren Freiheit. Echt ist es, wenn es für Respekt vor dem politischen Denken Anderer optiert, denn Freiheit des Denkens ist immer Freiheit des Denkens aller Mitmenschen. Politik leben heisst, Politik ernst nehmen, sie zum Gegenstand des eigenen Wissens und Gewissens zu machen, sie auf die Waagschale des gebotenen Tuns aller Rechtsadressaten zu legen, sie also zum Gegenstand politischer Prozesse zu machen und durchzustehen – wiederkehrend, anhaltend, stets von neuem.

Politik denken mahnt, Politik zu leben. Und Politik zu leben, heisst sie bedenken, heisst sie denken.